



# Aus dem steirischen Landtag

**KPÖ** informiert aus erster Hand



## Protest zahlt sich aus – Der steirische Regress ist gefallen!

„Unsoziale Regelung nicht mehr länger zu halten gewesen“

20.000 Steirerinnen und Steirer haben die Petition der KPÖ für eine Abschaffung des Regresses unterstützt. Der Unmut der Bevölkerung ist unüberhörbar. Die Unterschriften, Protestkundgebungen und Landtagsinitiativen gegen den Pflegeregress haben gewirkt: Die Kahlschlag-Koalition hat eingelenkt und den unsozialen Pflegeregress, den es nur in der Steiermark gibt, abgeschafft.

Die Steiermark ist das letzte Bundesland, in dem Kinder für ihre pflegebedürftigen Eltern eine Sondersteuer entrichten müssen. Um die Haltung der „Reformpartner“ zu verdeutlichen, stellte die KPÖ vor jeder Sitzung des Landtags eine Mauer für LH Voves und seinen Stellvertreter Schützenhöfer auf. Am 29. April, dem Tag der Abschaffung, wurde die Aktion in einer spontanen Kundgebung vor der Grazer Burg zum letzten Mal durchgeführt.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Der Widerstand der Bevölkerung hat sich gelohnt. Der Regress ist endlich Geschichte. Das gibt uns auch Hoffnung, dass viele andere unsoziale Maßnahmen der so genannten ‚Reformpartner‘ auf Dauer nicht haltbar sind. Man sieht, dass sich Geduld und Widerstand auszahlen.“

LAbg. Werner Murgg fordert einen sofortigen Stopp bei den Regresszahlungen. „Die Regierung hat eingesehen, dass der Regress angesichts der zahlreichen auch vom Rechnungshof bemängelten Missstände in der Pflegefinanzierung das falsche Mittel ist. Jede Zahlung,



die Betroffene noch leisten müssen, ist untragbar. Nicht wenige sind aufgrund der hohen Zahlungen bereits in eine finanzielle Notlage geraten. Das muss sofort aufhören.“

Die Pflege wird auch in Zukunft nicht kostenlos sein. Eltern müssen nach wie vor für pflegebedürftige Kinder bezahlen, und natürlich werden das Vermögen, die Wohnung, das Haus einkassiert. Das darf man nicht vergessen,

Der nächste Schritt muss die Abschaffung des Regresses

bei der Mindestsicherung sein. Dieser ist, wie der Pflegeregress, eine ungerechte und bundesweit einmalige Belastung von Angehörigen. Die KPÖ drängt nun darauf, dass die zukünftige Pflegefinanzierung durch Umsetzung der Anregungen des Rechnungshofs – u.a. durch einen Ausstieg aus gewinnorientierten privaten Pflegeheimen – gesichert wird und nicht durch politische Verzweiflungstaten wie Privatisierungen oder weitere Kürzungspakete im Sozial- oder Bildungsbereich.

20.000 Unterschriften

### REGRESS ABGESCHAFFT

Diese Belastung der steirischen Bevölkerung wird im Juli 2014 abgeschafft

### Protest wirkt!

**KPÖ**  
www.kpoe-steiermark.at

## Wohnbeihilfe endlich erhöhen!

Im Jahr 2011 hat das Land Steiermark drastische Kürzungen bei der Wohnbeihilfe durchgeführt. Der Zuschuss für Betriebskosten wurde halbiert. Die Kürzungen erzeugen viele neue Notlagen. Die KPÖ kämpft im Landtag für

die Rücknahme der Kürzungen und für eine spürbare Erhöhung der Beihilfe. Immer mehr Steirerinnen und Steirer können sich das Wohnen nicht mehr leisten, weil Mieten, Heizkosten, Kanal usw. stark steigen.

# Nach RH-Kritik: KPÖ fordert SPÖ auf, Glücksspielgesetz zurückzuziehen

LABg. Werner Murgg: Gesetzesentwurf ist Gewinngarantie für Konzerne, aber finanzielles Abenteuer für Land und Gemeinden

Nach der deutlichen Kritik des Rechnungshofs am steirischen Gesetzesentwurf zur künftigen Regelung des Glücksspiels fordert KPÖ-LABg. und Kontrollausschussvorsitzender Werner Murgg die SPÖ, unter deren Regie das Gesetz verhandelt wird, auf, das Gesetz zurückzuziehen und neu zu verhandeln.

Der Rechnungshof kritisiert, dass im Gesetz – entgegen eindeutiger Vorschriften – keine Erläuterungen über die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen zu finden sind. Der Entwurf sieht lediglich vor, den bundesgesetzlichen Rahmen voll auszuschöpfen, um vom Bund einen „jährlichen

Garantiebetrag“ lukrieren zu können.

„Das Land will in Minicasinobios absurd hohe Einsätze zulassen, um den Glücksspielkonzernen größtmögliche Gewinne zu ermöglichen. Gleichzeitig fließen aber keine Gelder mehr zu den Gemeinden, auch das Land bekommt nur einen Teil der bisherigen Einnahmen. Auf den sozialen Kosten der Spielsucht bleibt die Allgemeinheit sitzen, während private Casinobetreiber hohe Profite einstecken“, warnt Murgg.

Aus diesem Grund hat der Grazer Gemeinderat auf Antrag der KPÖ das Land Steiermark am 27. 2. aufgefordert, keine Lizenzen an Glücksspiel-

konzerne zu vergeben. Alle Parteien schlossen sich dieser Forderung an, nur ein Teil der ÖVP-Gemeinderäte stimmte nicht zu.

LABg. Murgg: „Wir sehen uns durch die RH-Kritik bestätigt. Für das Land und vor allem für die Kommunen ist das vorliegende Glücksspielgesetz ein finanzielles Abenteuer. Durch die hohen Einsätze ist zu erwarten, dass noch mehr Menschen durch Spielsucht in den Ruin getrieben werden. Die Kosten werden steigen, die Einnahmen sinken. Die beste Lösung ist nach wie vor, auf die Vergabe von Lizenzen zu verzichten, dann werden auch die Folgekosten geringer ausfallen.“



## Skandalöse Teuerung beim steirischen Verkehrsverbund

**Klimt-Weithaler (KPÖ): Tarifpolitik völlig entgleist – mehr als 10 Prozent Teuerung in nur zwei Jahren**

Am 1. Juli 2014 werden die ÖV-Tarife in der Steiermark erneut um 5 Prozent angehoben. Damit wird eine Teuerung wiederholt, die weit über der Inflationsrate liegt: Schon am 1. Juli 2013 wurden die ÖV-Tarife in der Steiermark um fünf Prozent erhöht. Die Anhebung beträgt in zwei Jahren 10 Prozent! Darauf wies KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler am Dienstag hin.

Klimt-Weithaler: „In Zeiten großer Belastungen für die Bevölkerung und eines faktischen Feinstaubnotstandes im

Großraum Graz ist eine solche Teuerung unzumutbar. Treue Kundinnen und Kunden, insbesondere Pendlerinnen und Pendler, werden bestraft, wenn sie öffentliche Verkehrsmittel verwenden. Diese völlig entgleiste Tarifpolitik der Bevölkerung muss endlich gestoppt werden.“

Grundlage für diese Tarifierhöhung ist eine Vereinbarung aller im Verbund vereinten Unternehmen, jährlich Preiserhöhungen bis zum 1,75-Fachen des Verbraucherpreisindexes durchzuführen. Dass es anders geht, zeigt das Vorbild Linz. Dort wurde die Jahreskarte zuletzt um € 100,- billiger und kostet seit dem Jahr 2013 nur € 285,-.

Die KPÖ setzt sich im Landtag dafür ein, die vom Land Steiermark in den Lenkungsausschuss entsendeten Mitglieder anzuweisen, gegen die geplante Tarifierhöhung zu stimmen, sowie auf eine Vertragsänderung zu drängen, welche die bislang eingeräumten jährliche Preisanhebungen zurücknimmt.

## Maßnahmen gegen Lohndumping setzen!

Die EU unterläuft die arbeitsrechtlichen Bestimmungen. Die KPÖ setzte sich im Landtag dafür ein, dass Maßnahmen gegen den Abbau kollektivvertraglicher Errungenschaften und Lohndumping ergriffen werden. Die Arbeitsinspektorate müssen in die Lage versetzt werden, ihre Kontrolltätigkeit zu verstärken.

Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Unternehmen, die arbeitsrechtliche und kollektivvertragliche Bestimmungen vorsätzlich missachten, keine öffentlichen Aufträge und Förderungen des Landes Steiermark erhalten.

SPÖ und ÖVP erteilten diesem Antrag eine Absage.

## Grundstücksverkauf in Graz: Rückschlag für Wohnbau

SPÖ, ÖVP und FPÖ haben heute den Verkauf eines im Landeseigentum befindlichen Grundstücks gestimmt. Die KPÖ hat sich dafür eingesetzt, dass die Stadt Graz dieses Grundstück bekommt, um dort in Zukunft Wohnbauprojekte verwirklichen zu können. Gegen die Stimmen der KPÖ bekommt nun eine Bank das Areal, die geringfügig mehr geboten hat als die Stadt Graz.

KPÖ-LABg. Werner Murgg:

„Graz hätte mit der ehemaligen Straßenmeisterei Liebenau günstig ein für den Wohnbau geeignetes Grundstück bekommen können. Landesrat Kurzmann (FPÖ) und Stadtrat Rüsich (ÖVP) haben aber eine Bank vorgezogen. Vor Wahlen reden alle Parteien vom Wohnbau, nachher ist das schnell wieder vergessen. Stadt und Land hätten hier mehr Weitblick zeigen müssen.“

Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: Itk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



# „Hypo-Gläubiger vor den Vorhang holen“

## Debatte über Untersuchungsausschuss im steirischen Landtag

Der Skandal um die Pleitebank Hypo Alpe Adria beschäftigte am 8. April den Steiermärkischen Landtag. Die Abgeordneten wollten damit in deutlicherer (FPÖ, KPÖ) oder abgeschwächter (SPÖ, ÖVP, Grüne) Form ein Signal an die Bundesregierung senden, einer Aufklärung der kriminellen Vorgänge, für die die österreichische Bevölkerung Milliarden bezahlen muss, nicht länger im Weg zu stehen.

Für die KPÖ ergriff LAbg. Werner Murgg das Wort. In seiner Rede ging er auf die Geschichte der Pleitebank ein, die erst mit Geschäften zur Finanzierung von Kriegen im ehemaligen Jugoslawien groß werden konnte. Die Notverstaatlichung wurde schließlich auf Druck von Brüssel und Berlin durchgeführt.

Murgg betonte, dass fast alle österreichischen Parteien auf die eine oder andere Wei-

se in diesen Skandal verstrickt sind. Zuletzt wurden alleine für Berater über 300 Millionen Euro ausgegeben. „Das Hypo-Debakel ist nicht nur entstanden, weil bei einzelnen die Sicherungen durchgebrannt sind oder die ‚Gier‘ ausgebrochen ist, auch wenn das ein Aspekt gewesen sein mag. Die Bank erfüllte konkrete politische Zwecke, deshalb ließ man sie so lange gewähren.“

Die KPÖ tritt für eine geordnete Insolvenz der Hypo ein. Murgg: „Ich könnte mir vorstellen, eine Volksabstimmung abzuhalten, wie mit dieser Bank umzugehen ist. Die Gläubiger, die diese Anleihen halten, für die wir alle gerade stehen sollen, gehören endlich vor den Vorhang geholt!“

Der KPÖ-Abgeordnete erinnert angesichts der Panikmache im Falle einer Insolvenz der Hypo an die Einflüsterer, die die isländische Bevölkerung



Am 4. April demonstrierten in Graz hunderte Menschen gegen die Abwälzung der milliardenschweren Haftungen der Hypo Alpe Adria auf die Bevölkerung.

in einem ähnlich gelagerten Szenario verpflichten wollten, die Spekulationsverluste isländischer Banken zu übernehmen. Die Bevölkerung lehnte das schließlich in einer Volks-

abstimmung ab. Heute steht Island besser da, weil das Volk dort den „Experten“ nicht geglaubt hat und sich gegen die Übernahme der Schulden der Spekulanten gewehrt hat.

„Drohgebärden der ‚Reformpartner‘ gegen Opposition müssen zurückgewiesen werden!“

## Schwere Vorwürfe des Rechnungshofes gegen Pflegepolitik des Landes

Ein Rohbericht des Rechnungshofes stellt der steirischen Landesregierung ein vernichtendes Zeugnis aus. Die Vorwürfe gegen die Politik des Gesundheitsressorts sind so schwerwiegend, dass der zuständige Landesrat Drexler es vorgezogen hat, den Bericht in einer eilig einberufenen Pressekonzferenz öffentlich zu machen. Dem Kontrollausschuss des Landtags lag der Bericht zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht vor.

**Im Bericht werden folgende Problemfelder aufgezeigt:**

Teure Projekte wurden ohne Strategie und Bedarfsermittlung gefördert;

Die Kostensteigerungen fallen vor allem bei gewinnorientierten privaten Trägern (338 Mio. Euro, 70 % der Gesamtkosten) an, dort betragen sie 177 %. Bei öffentlichen und gemeinnützigen Trägern macht die Steigerung lediglich 58 % aus.

In der Steiermark beträgt der Anteil privater Betreiber 60 %, das ist der österreichi-

sche Höchstwert. In Oberösterreich beträgt er 9 %.

**Die Kontrollen sind weiterhin mangelhaft.**

Die KPÖ hat bereits im Jahr 2009 beantragt, aus dem System der gewinnorientierten Pflege auszustiegen. Der Landtag stimmte diesem Antrag damals mehrheitlich zu. Nun blockieren SPÖ, ÖVP und FPÖ gemeinsam eine Lösung der Pflegemisere und machen den privaten Betreiber und den hinter ihnen stehenden Fonds die Mauer. Nur ein Ausstieg aus der Profitorientierung in der Pflege, z.B. nach oberösterreichischem Beispiel, kann die Kosten dauerhaft verringern und das Pflegesystem in eine Richtung führen, die an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert ist.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg, Vorsitzender des Kontrollausschusses im Steiermärkischen



KPÖ-LAbg. Werner Murgg, Vorsitzender des Kontrollausschusses

Landtag, hat eine Sondersitzung des Ausschusses einberufen, die am 15. April stattgefunden hat und konstruktiv verlaufen ist. Vorher drohten aber die Klubobleute von SPÖ und ÖVP damit, der Opposition künftig keine Rohberichte mehr zur Verfügung zu stellen. Das wäre

ein schwerwiegender Eingriff in die Kontrollrechte des Landtags und würde besonders die Opposition treffen, die ohnehin ihre Kontrollfunktion nur unter erheblichen Schwierigkeiten wahrnehmen kann, da in der Steiermark nach wie vor keine Protokolle von Regierungssitzungen veröffentlicht werden.

LAbg. Murgg: „Die selbst ernannten ‚Reformpartner‘ sind offenbar von allen guten Geistern verlassen. Zuerst spielen sie einen geheimen Rohbericht selbst an die Öffentlichkeit, dann schieben sie die Verant-

wortung der Opposition in die Schuhe und drohen mit einer Beschneidung der Kontrollrechte des Landtags. Offenbar ist es den vermeintlichen Budgetanierern peinlich, dass nun bekannt wird, wie leichtfertig sie mit öffentlichem Geld umgehen. Die Drohgebärden gegen den Landtag sind unangebracht und müssen entschieden zurückgewiesen werden“, so Murgg.

25. MAI ~~✗~~ anders

Neutralität hat Vorrang!



KPÖ ~~✗~~ Liste 9

# 1. Mai 2014: Die Rechte der arbeitenden Menschen verteidigen“

Maiaufmarsch der steirischen KPÖ unter dem Motto „Arbeit und Frieden“



Als einzige Partei führte die KPÖ in Graz einen Maiaufmarsch durch.

In seiner Ansprache ging KPÖ-LAbg. Werner Murgg auf die Notwendigkeit ein, die Rechte der arbeitenden Menschen zu verteidigen. Er analysierte die Rolle der EU beim systematischen Abbau sozialer Errungenschaften und betonte, dass die steirische KPÖ an der Austrittsoption festhält – „nicht aus nationaler Borniertheit,

sondern weil die EU dafür ins Leben gerufen wurde, Verschlechterungen durchzusetzen, die auf nationaler Ebene nicht durchsetzbar wären.“

Der 1. Mai stand vor 100 Jahren unter dem Motto: „8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Erholung, 8 Stunden Schlaf“. Das wird nun in Frage gestellt. „Wir verteidigen die Rechte der arbeitenden Menschen – nicht nur am 1. Mai“, betont die KPÖ.

## AK-Wahl: GLB-KPÖ verdoppelt



Für den GLB-KPÖ in der Arbeiterkammer-Vollversammlung (v.l.n.r.): Kurt Luttenberger, Graz. Hilde Tragler, Graz. Uwe Süß, Leoben-Donawitz. Gerhard Simbürger, Judenburg.



Seit 1964 war der Gewerkschaftliche Linksblock nicht mehr mit vier Mandaten in der steirischen AK-Vollversammlung vertreten. Die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg sowie die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr gratulieren der Liste GLB-KPÖ herzlich zu ihrem hervorragenden Wahlergebnis, das auch die steirischen KPÖ zuversichtlich für kommende Wahlen stimmt.

Mit Kurt Luttenberger steht ein verlässlicher und erfahrener Betriebsrat und AK-Rat an der Spitze der Liste. Viel zum Erfolg beigetragen hat der in dieser Periode pensionierte ehemalige Magna-Betriebsrat und AK-Rat Peter Scherz, ohne dessen unermüdliche Arbeit der GLB heute nicht so gut dastehen

könnte. Ein herausragendes Ergebnis erzielte die zweitgereihete Magna-Betriebsrätin Hilde Tragler an ihrem Arbeitsplatz, wo der GLB stimmenstärkste Liste wurde.

Die schweren Verluste der SPÖ-nahen FSG gegen den Bundestrend führt Klimt-Weithaler auf die unsoziale Politik der „Reformpartner“ im Land zurück. „Bei dieser Wahl wurde auch über die Politik der SPÖ abgestimmt“, so Klimt-Weithaler. Werner Murgg: „Immer mehr Steirerinnen und Steirer haben durchschaut, wie SP-Funktionärinnen und -Funktionäre in der Kammer für soziale Rechte eintreten und im Landtag und anderen Gremien das genaue Gegenteil vertreten. Sie haben bei dieser Wahl einen Denkkzettel bekommen.“

## 25. MAI ~~X~~ anders WÄHLEN

25. MAI ~~X~~ anders WÄHLEN

Die steirische KPÖ tritt am 25. Mai bei der EU-Wahl im Wahlbündnis „Europa Anders“ an. Ihr Kandidat ist der unabhängige **Martin Ehrenhauser** (Abgeordneter des EU-Parlaments):



„Die Verstrickungen zwischen Parteien und Konzernen sind enorm. 20.000 Lobbyisten arbeiten in Brüssel. 3 Milliarden Euro werden jährlich in die Beeinflussung politischer Entscheidungsträger „investiert“. Während die Lobbyisten der Wirtschaft enorme finanzielle und personelle Ressourcen besitzen, kämpfen Gewerkschaften mit geringen Möglichkeiten. Kein Wunder, dass die Entscheidungen der EU-Politik großteils im Sinn der transnationalen Unternehmen getroffen werden. Das Gemeinwohl bleibt auf der Strecke.“

Die EU kommt uns zu teuer



**KPÖ**  
Liste 9

www.kpoe-steiermark.at - Tel. 0316/ 712479



„Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat den arbeitenden Menschen nichts gebracht. Eine kleine Elite ist dadurch noch reicher geworden, während Millionen um ihre Ersparnisse und Pensionen gebracht wurden. Diese Enteignung der Bevölkerung zugunsten von Banken und Konzernen ist das gewollte und unvermeidliche Ergebnis der in den EU-Verträgen festgeschriebenen Politik. Die Landespolitik wird durch die EU-Vorschriften entmündigt. Wir sagen: Die EU kommt uns zu teuer!“

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

Neutralität hat Vorrang!

**KPÖ**  
Liste 9